Die Steuerflucht Erzbergers ist dadurch in Fluß geraten, daß der Abteilungsdirektor Fallenhayn beim Landesfinanzamt Berlin direkt oder indirekt Erzbergers Steuerakten dem Redakteur der „Deutschen Zeitung", Dr. Buelck, in die Hände gespielt hat. Darauf beantragte er, die Steuersache an die Staatsanwaltschaft abzugeben mit Rücksicht auf die Pressedarstellungen, die er also selbst hervorgerufen hat. Der Mann ist nicht untüchtig, und die deutsche Republik läßt sich's gefallen. Erwähnt zu werden verdient noch, daß Erzberger als Reichsfinanzminister die Beförderung des Fallenhayn zum Präsidenten des Landesfinanzamtes abgelehnt hatte. Uns geht es ja nichts an, womit die Herren sich beschäftigen. Aber es ist doch ganz interessant, zu wissen, in was für einer Republik wir leben.

*

Die „Deutsche Tageszeitung" beklagt in einem rührenden Artikel die Zwistigkeiten, die man zwischen Gutsherren und Landarbeiter getragen hat. Nicht etwa des Gutsherrn wegen, beileibe nicht; sondern des Landarbeiters wegen: „Man wollte ihnen den Frieden aus Brust und Haus." Das ist so erschütternd, daß ich dazu einfach nichts mehr sagen kann.

*

In Halle ist für Kriegsgewinnler im Operettentheater Apollo ein sogenanntes Wohltätigkeitsfest veranstaltet worden. Am Vormittage erschien beim Veranstalter dieses Freudenfestes eine Abordnung der Arbeitslosen und forderte eine Abfindung von 8000 Mark zur Verabfolgung der Arbeitslosen, damit das Fest nicht gestört werde. Der Veranstalter bewilligte eine Summe von 1000 Mark. Zum Schutze der Veranstaltung stellten am Abend die Arbeitslosen Posten vor dem Wintergarten, in dem das Fest gefeiert wurde, auf, um die eindringenden Menschenmengen abzuhalten. Es wird berichtet, daß man noch lustig war, als die Arbeitslosen schon lange keingetrollt waren. Einige Zeitungen haben sich über den Veranstalter dieses Festes und die teilnehmenden Kriegsgewinnler entrüstet. Wir dürfen aber nicht vergessen, uns auch über die Arbeitslosen, die für 1000 Mark bei einem solchen Fest: Posten stehen, zu entrüsten.

*

Ferner berichtete die „Deutsche Tageszeitung", daß Lloyd George „aus seiner Tasche ein Album mit Photographien der eigens zu diesem Zwecke bis jetzt noch nicht wieder aufgebauten Verwüstungsgreuel des Kriegsgebiets gezogen und es dem deutschen Vertreter überreicht habe, damit das deutsche Volk ersehen, welche Verwüstungen angerichtet worden seien." Erstens kann man Greuel nicht wieder aufbauen. Zweitens zeigt der kürzeste Blick in die deutsche Tageszeitung oder einen sonstigen Bestandteil der Presse, daß die Deutschen in der Tat nicht wissen, welche Greuel angerichtet worden sind. Drittens — was für eine ausgekochte Seele muß man haben, um einem politischen Gegner eine so aufgefallene Schweinerei unterschieben zu können!

*

Als in Berlin die Polizeistunde auf ½12 Uhr festgesetzt wurde, versuchte man in verschiedenen Lokalen durch Gründung von Klubs den Lokalschluß zu umgehen. Im Weinhaus Kutzner wurde — nur aus Besuchern dieses Lokals — der Klub „Berolina" gegründet, der vom Polizeipräsidenten Ernst die Erlaubnis bekam, sich an die Polizeistunde nicht zu kehren. Als in der Gerichtsverhandlung der Vorsitzende den gewesenen Herrn Polizeipräsidenten darauf aufmerksam machte, daß er dem Inhaber dieses Lokals die Erlaubnis zu einer Gesetzesübertretung erteilt habe, wurde er, der Polizeipräsident, sehr böse, wie „auf die damalige außergeste Zeit hin, in der es notwendig gewesen sei, die Leute langsam wieder an Ordnung zu gewöhnen und — wie es hier der Fall gewesen — unter ausreichender Wirtschaft Ausnahmen zu gestatten." So stellt sich ein preußischer Polizeipräsident die Ordnung vor.

*

Das „Berliner Tageblatt" berichtet vom Breslauer Autodo-Prozeß: „Der Vorsitzende bemüht sich, die Verhandlung möglichst unparteiisch zu führen." Zwar läßt er zu, daß der Angeklagte von Belastungszeugen den militärischen Ausdruck „Mann" gebraucht und einzelne Belastungszeugen der Lügen bezichtigt; dagegen aber weist er den Angriff der Belastungszeugen, die sich der ausgestandenen Leiden erinnern, auf den Angeklagten zurück. Wir möchten wissen, wo das bürgerliche Blatt die Unparteilichkeit sieht. Es scheint nicht verwöhnt zu sein.

In der Tat berichtet es einige Tage später an versteckter Stelle und nun ohne begleitende Bemerkung, daß der Autodo-Prozeß vertagt werden sei. Nicht einmal die Gründe geb es an.

*

Der Massenmörder Friedrich Schumann aus Spandau „wartet noch immer vergeblich in seiner Mördergelle in der Plötzensee Strafanstalt auf die wiederholt von ihm erbetene Vollstreckung des Urteils". Er hat schon gleich nach der Beendigung des Prozesses seinen Verteidiger gebeten, darauf hinzuwirken, daß man ihn nicht lange auf den Tod warten ließe, um nach seiner Meinung auch seinen Richtern die Folgen ihrer Urteilsdrohung möglichst bald vor Augen zu führen." Sollte wirklich selbst dieser Verbrecher den Richtern überlegen sein? Das Halle-Abendblatt aber wählt für diese Nachricht die geschmackvolle Ueberschrift: „Einer, der hingerichtet werden will". Sogar ein Richter scheint mehr Achtung davon zu haben, was so eine Hinrichtung bedeutet, als ein Journalist.

*

Aber was können die Journalisten nicht alles? Das „Berliner Tageblatt" bringt ein langes Feuilleton eines seiner Kritiker, der sich ziemlich skeptisch und unfreundlich über Film und Kino ausläßt. Gleich danach folgt, in größter Ausführlichkeit, entgegen aller Gewohnheit, die Anzeige eines Films, der nach einem im „Berliner Tageblatt" früher erschienenen und dann in einem mit dem Verlage des „Berliner Tageblatt" identischen Buchverlag erschienenen Roman gemacht worden ist. Stellt das „Berliner Tageblatt" sich so vielleicht die Unparteilichkeit vor?

Proletarier, gedenkt der polit. Gefangenen!

Der Kongreß der Klärung?

Eröffnung des 10. Kongresses der russischen kommunistischen Partei.

Moskau, 8. März. In Moskau wurde heute der zehnte Kongreß der russischen kommunistischen Partei eröffnet.

Die Aufgaben der russischen kommun. Partei auf dem Gebiete des Parteiaufbaues.

„Pravda" veröffentlicht einen von mehreren Genossen unterschriebenen Resolutionsantrag für den kommenden Parteikongreß zur Frage des Parteiaufbaues. Das Projekt schildert zuerst den gegenwärtigen Zustand in der Partei. Die Erfahrung des Bürgerkrieges, heißt es darin, erwies sich als eine gute Schule für die breiten werktätigen Massen, sie hob das Bewußtsein der unteren Schichten und gab die Möglichkeit, aus den Reihen derselben Agitatoren und Organisatoren der neuen kommunistischen Gesellschaft zu schaffen. Die unteren Parteischichten waren aber natürlicherweise unbefriedigt mit der verhältnismäßig geringen Rolle, die ihnen in der Partei eingeräumt wurde. Das erhöhte zur Aktivität anspannende Bewußtsein der Parteimassen rechtfertigt vollkommen deren Ansprüche auf die Teilnahme an der Lösung verschiedener Fragen des Parteilebens und auf das Recht, unsere Parteipolitik zu beeinflussen und zu lenken. Die Aktivität der Massen selbst wurde durch die Bureaukratisierung des Partei- und Sowjetapparates ausgeschaltet, die durch die Uebertragung von militärischen Methoden in die alltägige Praxis der Partei und Sowjetorgane erst recht verstärkt worden ist. Diese Bureaukratisierung entfremdete die führenden Parteikreise den unteren Parteimassen, wozu andererseits auch die in die Partei eingetretenen Elemente aus bürgerlichen und kleinbürgerlichen Schichten beigetragen haben. Das alles, nebst dem Stillstand in der Entwicklung der organisatorischen Parteiformen im Sinne ihrer Demokratisierung, führte zu der gegenwärtigen Krise in der Partei.

Um diese Krise zu überwinden, müssen die Massen selbst zur Lösung der Grundprobleme des Parteiaufbaues herangezogen werden, andererseits muß das Prinzip der Arbeiterdemokratie unter allen Umständen gewahrt werden. Der Entwurf weist ferner darauf hin, daß die Partei die Stimmung der breiten Bauernmassen, besonders jetzt, nach der Niederschlagung der ihren Boden gefährdenden Konterrevolution zu beachten hat. Der Kampf mit den Bauern wird langwierig und scharf sein, weshalb die Partei den unterstützen mit den Massen in Kontakt stehenden Organisationen besondere Aufmerksamkeit zu schenken hat. Unter den praktischen Maßnahmen zur Gesundung der Partei fordert das Projekt, daß die Aufnahme in die Partei auf eine Zeit eingestellt und in der Partei eine sehr strenge Säuberung durchgeführt werde. Die breiten Parteimassen müssen die Möglichkeit erhalten, allerwichtigste Probleme in offenen Diskussionen zu besprechen, wobei alle Strömungen und Gruppierungen in der Partei ihren Standpunkt vertreten können. Alle leitenden Parteiorgane sollen zu zwei Dritteln aus Arbeitern bestehen. Auch die einzelnen Strömungen in der Partei haben das Recht auf eine Vertretung in diesen Organen. Einen großen Raum nehmen in diesem Projekt die Parteizellen ein. Ihre Aufgabe ist es, unmittelbar die Rechtsätze der Partei auf allen Gebieten in die Tat umzusetzen. Die Sorge für die politische Bildung ihrer Parteimitglieder besprechen alle Fragen des Sowjets- und Gewerkschaftsaufbaues, suchen die breiten Massen zum aktiven, bewußten Aufbau der Sowjetordnung zu erziehen, sorgen dafür, daß ihr Amt, ihr Betrieb so arbeiten soll, wie es im Interesse der kommunistischen Gesellschaft erforderlich ist, unterstützen die Gewerkschaften, bei der Durchführung ihrer Aufgaben usw. Am Schluß fordert das Projekt die Abschaffung aller Privilegien und der Ungleichheit in der Partei.

*

Wir wollen es heute unterlassen, auf diese Ausführungen und auf die Vorschläge der russischen Genossen kritisch einzugehen. Der Verlauf des Kongresses der KPR. wird schon weiteres und genügend aufklärendes Material bieten. Hoffen wir nur, daß die Berichterstattung ausreichend sein wird. Dann können wir aus den Ergebnissen sicher viel lernen. Eine zusammenfassende Darstellung soll zur rechten Zeit gegeben werden.)

Die Wiedergeburt der Arbeitersowjets.

In der „Pravda" bringt Jakowlew eine Reihe von Vorschlägen vor, um die Arbeitersowjets aus ihrem gegenwärtigen lethargischen Zustande herauszureißen und ihnen ein neues Leben einzuflößen. Die Arbeiterdemokratie kann keineswegs ohne Belebung der Arbeitersowjets durchgeführt werden. Um das letztere zu erreichen, muß den Arbeitersowjets die ihnen gebührende Stellung in dem wirtschaftlichen Aufbau des Landes eingeräumt werden, das Band zwischen den Massen und den Sowjets soll gefestigt werden, was in der Weise zu erreichen ist, daß die in die Sowjets entsendeten Vertreter nach Möglichkeit im Betrieb zu verbleiben haben, um den lebendigen Kontakt mit den Arbeitern aufrechterhalten zu können. Es müssen solche Mitglieder der Arbeitersowjets geschaffen werden, die ihre Funktionen als Arbeitervertreter nicht ausschließlich in den Sowjetbüros sondern in den Betrieben selbst zu erfüllen haben.

Mitteilungen

Grabowsee, den 10. 3. 21.

Nachdem mit über ¾ Stimmenmehrheit am 9. 3. 21 der Hungerstreik beschlossen wurde, traten die Patienten der Lungen-Heilstätte Grabowsee am 20. 3. 21, vormittags 9½ Uhr in den Hungerstreik. Die Patienten sind entschlossen, ihn mit allen ihnen zu Gebote stehenden Kräften und Mitteln durchzuführen. Es ist dies die verschärfte Maßnahme des bereits bestehenden Streiks wegen Nichtbezahlung des Kleidergeldes oder Lieferung der Krankenkleidung.

Aktionsausschuß der Lungenheilstätte Grabowsee.

Achtung!

Ab 1. April 1921 sind alle **Broschürenbestellungen nur** an den Verlag der KAPD., Berlin NO. 18, Landsberger Straße 6, Ecke Höchfleistr., zu richten.

Bestellungen für KAZ. und Montagszeitung, sowie Geldsendungen für die KAZ. und Montagszeitung gehen **nur** an die Reichslieferungsstelle: Hans Uhlemann, Berlin SO., Wiener Str. 20.

Ab April 1921 erscheint der „Proletarier" als theoretische Monatsschrift der KAPD. Bestellungen sowie Geldsendungen für den „Proletarier" auch an die Reichslieferungsstelle (Hans Uhlemann, Berlin SO., Wiener Straße 20).

Genossinnen! Genossen!

Wollt Ihr aufklärend wirken, dann werbt neue Leser für die KAZ.!

Jeder Genosse, der sich klar werden will über Wesen und Taktik der KAPD., muß heute in erster Linie den „Proletarier" lesen.

KAZ. und „Proletarier" sind Verfechter des reinen Klassenkampfes.

Auf, an die Arbeit, Genossen!

Einzelabonnement (Kreuzbandsendung) der KAZ. inklusive Montagszeitung, 3 mal wöchentlich erscheinend, 6,50 Mark.

Einzelheft des „Proletarier" 1,50 M., Vierteljahrsabonnement 4,— M.

16. Bezirk. Freitag, den 18. März in den bekannten Lokalen Bezirksversammlung. — Der Erscheinen jedes Mitgliedes ist notwendig.

Ortsgruppe Eilrich, Wirtschaftsbez. Hohenstein (Sorau). Laut einstimmigen Beschluß der Mitgliederversammlung wurde das Mitglied Oskar Schneeberg wegen Verbreitung von falschen und [illegible] Gerüchten gegen Genossen, aus der Partei ausgeschlossen.

11. Bezirk. Mittwoch, 16. 3. 21: Wichtige Mitglieder-Versammlung, Stettiner Bahnhof, Ecke Berlinerstr., ½8 Uhr: Tagesordnung: „Parteitagsbeschluß".

Proletarisches Theater. (Bez. Spandau-Osthavelland.) Dienstag, den 15. 3., abends 7 Uhr: Mitglieder-Versammlung im Seeburger Hof, Seeburgerstr. 85. — Der wichtigen Tagesordnung wegen Erscheinen aller Mitglieder unbedingt Pflicht.

Verantwortlicher Redakteur: Sepp Ettlin
Druck der Buch- und Druck-Gesellschaft, Berlin Sieg 6 Kaufmann & Co.

Kommun. Arbeiterpartei Deutschlands
Wirtschaftsbezirk Groß-Berlin

Neun grosse öffentliche Versammlungen

Dienstag, den 15. März, abends 7 Uhr: Weißensee: Prärakten, Lehderstr. 122. Norden: Pharussäle, Müllerstr.

Mittwoch, den 16. März, abends 7 Uhr: Lichtenberg: Parkane. Moabit: Moabiter Gesellschaftshaus, Wiclefstr. 29. Neukölln: Kliems Festsäle (Gr. Saal), Hasenheide. Charlottenburg: Volkshaus, Rosinenstr. 3.

Donnerstag, den 17. März, abends 7½ Uhr: Schöneberg: Chamisso-Schule, Barbarossaplatz. Ober-Schöneweide: Schul-Aula, Frischenstr.

Freitag, den 18. März, abends 7½ Uhr: Osten: Prachtsäle des Ostens, Frankfurter Allee.

Thema: Was geht vor?

Proletarier erscheint in Massen!

Proletarier

Eine Erzählung von Franz Jung
Geschrieben im Herbst 1920 im Gefängnis
Einbandzeichnung von George Groß
Arbeiter-Buchvertrieb, Berlin N., Luisenstraße 22.

21. März 1921. Preis 40 Pfg.

Kommunistische Montags-Zeitung

(Kommunistische Arbeiter-Zeitung)

Organ der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands, Wirtschaftsbez. Groß-Berlin

Die Zeitung erscheint jeden Montag. — Preis in Berlin 30 Pfg. pro Nummer. — Zu beziehen durch die Bezirks-Organisation der Partei und die Straßenhändler. — Postscheckkonto: Berlin NW. 7. Nr. 400 20.

Redaktion u. Expedition: Berlin NO. 18, Landsberger Str. 6
Geöffnet täglich von 9 Uhr vormittags bis 7 Uhr abends

Versand nach auswärts: Unter Kreuzband 1,25 Mark, als Brief 3,75 Mark vorausbezahlt; nach dem Ausland unter Kreuzband 2,75 Mark, als Brief 4,50 Mark vorausbezahlt.

Soc. Geschiedenis
Amsterdam

Kampfmittel: Demonstrationen, Streiks, Waffen usw.

Nach der KAZ. ist nun auch die „Rote Fahne" der Beschlagnahme anheimgefallen. Am 18. d. M. brachte sie einen Aufruf, der sich mit dem bayrischen Entwaffnungsrummel befaßte, und in dem es unter anderm hieß:

„Der Pfiff des Herrn Kahr muß beantwortet werden!

Man kann darauf antworten, wie es Hörsing tut:

Die Mittel der gesetzlichen Gegenrevolution gegen die Arbeiterschaft in Bewegung zu setzen.

Man kann auch so antworten, wie es die „Freiheit" tut: die Arbeiterschaft irre führen und betrügen mit der Behauptung, daß die Entente die deutsche Bourgeoisie — ihre Verbündeten gegen Sowjet-Rußland von morgen oder übermorgen — entwaffnen wird.

Es ist aber auch eine dritte Antwort möglich:

Ein jeder Arbeiter pfeift auf das Gesetz und erwirbt sich eine Waffe, wo er sie findet!

Die bewaffneten Kräfte der Gegenrevolution sind gegen die Brust des gesamten Proletariats gezückt. Kahr hat das erste Pfeifen-Signal gegeben. Noch nicht zum entscheidenden Angriff — erst zum Aufmarsch.

Auf das Signal muß die gesamte Arbeiterschaft seine Antwort geben. Die klare Antwort kann nur eine sein, und zwar:

Die Kahr von der einen Seite, so muß das Proletariat von der anderen Seite:

Pfeifen auf das Gesetz!

Ein jeder Gegenrevolutionär hat seine Waffe. Die Arbeiter dürfen auch nicht schlechtere Revolutionäre sein, wie es jene Gegenrevolutionäre sind."

Wir haben zwar bis jetzt nicht bemerkt, daß die „Rote Fahne" von der Beschlagnahme der KAZ. und der Verhaftung unseres verantwortlichen Redakteurs Notiz genommen hätte; aber trotzdem und trotz unsers unaufhörlichen erbitterten Kampfes gegen die Taktik der Fahnenredaktion, halten wir es für ein Gebot der einfachsten proletarischen Solidarität, zu erklären: daß die „R. F." mit ihrem Aufruf diesmal recht getan hat, und daß der Zugriff der Kriminalpolizei der selbstverständliche Ausdruck der Tatsache ist, daß der Staatsapparat völlig in Händen der entschlossensten Klassenfeinde des Proletariats liegt.

Darüber hinaus aber müssen wir fragen: Was hat dieser Aufruf gerade in den Spalten der „R. F." zu besagen? Soll man glauben, daß er ehrlich gemeint ist? Es ist freilich, seitdem die soziale Revolution begonnen hat, jeden Tag die rechte Stunde gegeben, den Arbeitern zu sagen, daß sie gegen die bewaffnete Konterrevolution auf ihre eigene Bewaffnung bedacht sein müssen, und es ist jedes Mittel recht, das dazu dienen kann, die breiten Massen aus ihrem angstvollen Schlaf, aus ihren Träumen des Selbstbetrugs hochzureißen.

Was aber will ein solcher Aufruf besagen in dem Blatt einer Partei, die seit Wochen und Monaten konsequent jede einfachste Gegenwehr des Proletariats gegen die Unternehmerwillkür sabotiert hat? Die verschiedenen Kampfmittel der Arbeiterklasse sind bekannt. Zu harmlosen Demonstrationsspaziergängen bekommt man leicht große Massen; der Streik als Abwehr gegen unerträgliche Zumutungen des Kapitals läßt schon eher auf den Widerstand von Jubiläumsarbeitern und käuflichen Solidaritätsbrechern; der Solidaritätsstreik für ausgesperrte Genossen sieht bereits eine hohe Stufe des Klassenbewußtseins, ein starkes Gefühl für die Gemeinsamkeit der Not voraus.

Betriebsräte, Mitglieder der VKPD., haben immer wieder Abwehrversuche im Sande verlaufen lassen, haben immer wieder Solidaritätsstreiks verhindert, haben mit den Unternehmern gemeinsame Sache gemacht gegen revolutionäre Arbeiter. Mitglieder der Betriebsorganisation. Und eine Partei, die so systematisch die leichtesten Kampfmittel den kämpfenden Arbeitern aus der Hand geschlagen hat, die alle Teilaktionen des Klassenkampfes planmäßig zunichte macht, zunichte machen muß, weil sie die Gewerkschaften erhalten und die legalen Betriebsratsposten besetzen will — diese Partei sollte im Ernst damit einverstanden sein, daß in ihrem Blatt die Arbeiter zu einer Handlung aufgefordert werden, die die schärfsten Gegenmaßnahmen der Bourgeoisie herausfordern muß, die deshalb äußerste Disziplin, entschlossenstes Kampfwillen voraussetzt? Es sollten in der Tat dieselben Leute sein, die gestern noch nicht einmal wagten, im Ambi-Konflikt dem Kapital gegenüberzutreten — und die heute auf einmal die Arbeiter auffordern, sich zu bewaffnen? Die Leute einer Partei, deren Vorsitzender Brandler seinerzeit der sächsischen Regierung versprach, gegen Hölz vorzugehen und im Vogtland „Ruhe und Ordnung" zu schaffen?

Kein Arbeiter wird uns übelnehmen, wenn wir angesichts dieser Tatsachen sagen:

Erkläre mir, Graf Oerindur,
Dieser Zwiespalt der Natur.

Entweder ist hier der Fahnenredaktion ein Kuckucksei ins Nest gelegt worden, das sie nun wohl oder übel ausbrüten muß; dann haben wir hier einen neuen erkenntlichen Beweis für die Zersetzung der neukommunistischen Partei durch ehrlich-revolutionäre Kräfte. Oder: der Aufruf war nicht ehrlich gemeint, war ein taktisches Manöver, um drängende Kräfte in der Partei stillzukriegen. Dann rufen wir den Arbeitern zu: setzt ihnen nicht aufs Maul, setzt ihnen auf die Finger. Zeigt den VKPD.-Bonzen all die schamlosen Frechheiten, die sich das Unternehmertum in den Betrieben täglich leistet, fordert aufs neue von ihnen den solidarischen, rücksichtslosen Abwehrkampf gegen diese Frechheiten, fordert von ihnen aufs neue die revolutionäre Zerstörung des kapitalistischen Betriebsterrorismus, fordert aufs neue die revolutionäre Solidarität mit den Arbeitslosen, denen erst der Ruin der kapitalistischen Schandwirtschaft neue Hoffnungen eröffnen kann; und kämpft Tag für Tag gegen den legalen Betriebsräteschwindel, für die Zusammenfassung in revolutionären Aktionsausschüssen.

Es ist schon recht, die Arbeiter zur Selbstbewaffnung aufzurufen. Der wirkliche Kampf aber beginnt in den Betrieben; dann erst kommt die Straße dran und der Schießspriegel.

Ihr VKPD.-Leute: seid ihr bereit, das Letzte zu wagen? Dann zeigt auch, daß ihr bereit seid, das Nächste zu tun.

Die Hörsingbande in Hettstedt!

Der „Roten Fahne" wird am 19. März gemeldet:

Heute Morgen gingen mit Extrazug etwa 300 Mann Sipo-Soldaten mit fünf Güterwagen Mordwerkzeugen aller Art in der Richtung Hettstedt (Mansfelder Seekreis) von Halle ab. Wahrscheinlich wird es sich um die Besetzung Hettstedts, das eine starke revolutionäre Arbeiterschaft besitzt, handeln.

Wir sind sicher, daß die Genossen im Mansfelder Gebiet, besonders in Hettstedt, auch diesmal verhindern werden, daß die „Grünen Mörder" das Land besetzen. Sie brauchen in diesem Kampfe aber die stärkste aktive Solidarität des ganzen Proletariats. Dann können sie ihren vorgeschobenen Posten auch halten. Montag werden wohl schon Meldungen über Zusammenstöße in Hettstedt vorliegen. Dann ist es Pflicht aller Genossen, die Solidarität der Tat überall wachzurufen!

Sie suchen Vorwände.

Der sächsische Landtag hat den Antrag der demokratischen Abgeordneten, das Vogtland mit Sicherheitspolizei in ausreichender Weise zu schützen und durch eine Aufgebung an die Bevölkerung zur Kenntnis zu bringen, daß die Raffkenkleiner Verbrechen nicht unter die geplante Amnestie fallen mit den bürgerlichen Stimmen, die sich in zufälliger Mehrheit befanden angenommen.

Hier tragen sich die Provokateure der Bourgeoisie wieder einmal ihre Früchte. Das „Raffkenkleiner Verbrechen", von dem noch niemand weiß, ob es nicht eine ähnliche Ente ist, wie das Dynamitattentat auf die Siegessäule, wird benutzt, um die beschränkte Konterrevolution im Vogtlande zu stärken. Die Herren sichern sich gegen alle Möglichkeiten, denn sie wissen, daß im Vogtland die Erinnerung an die „rote Zeit" noch lebt.

Und wer weiß, wie bald schon das Attentat auf die Siegessäule benutzt werden wird, um „Berlin zu säubern", ebgleich der Leiter der Untersuchung, Kriminalrat Mosel, inzwischen zu der Vermutung gekommen ist, daß „die Tat von einem rufmäßigerisch und belohnungssüchtigen Attentäter verübt worden ist" und daß jenes verdächtige rotbraune Auto „nur in der Phantasie aufgeregter Zeugen bestanden hat."

Das englische Weltfriedensgeschäft.

Wenn die weinerliche, rührselige Geste versagt, wenn der Kriegsrummel-Rozanz keine Wirkung mehr hat, greift das Kapital in seine unerschöpfliche Theater-Rumpelkammer und holt ein neues Kostüm: es kommt diesmal als Friedensengel. Es ist zwar kein ganz echter, so mit lauerfüßenen Lächeln und Palmzweigel. Es ist der Handelsfriedensengel, der auf englischen Befehl der Welt die frohe Botschaft verkündet, daß das Geschäft wichtiger sei, als die Schaukämpfe der nationalistischen Kampfhähne, daß das Kapital seine Solidarität besser im Profitmachen und Ausbeuten beweise, statt sich in Abstimmungsscheinkriegen gegenseitig zu schwächen. Natürlich geht England mit gutem Beispiel voran: Es macht „Frieden" mit Irland. Lloyd George und Handelsminister Horne finden auf einmal keine Schwierigkeit mehr, das Handelsabkommen mit Rußland zu unterzeichnen, nachdem das Geschäft, die russische Konterrevolution zu unterstützen, sich ihnen als weniger aussichtsreich erwiesen hatte. Die großen Drahtzieher des Weltgeschäfts verstehen es, ihre Kostüme sehr rasch zu wechseln. Aber das Proletariat lasse sich nicht täuschen: es sind eben nur Masken, mal kriegerisch, mal friedlich anzusehen. Dahinter aber bleibt die kühle Rechenkunst am Werk, die alle Mittel in den Bereich ihrer Zwecke zieht und sie alle meisterlich handhabt. Meisterlich, weil immer die Mittel im Vordergrund, scheinbar als die Zwecke, stehen und der Zweck, die Macht über Arbeit und Produktion, verdeckt ist. Darum immer wieder auch die Erscheinung, daß die jeweiligen Mittel des Kapitals, die Kriege, die Rüstungen, die Bauten und die „Kulturgüter" als Zwecke erkämpft und bekämpft werden, während das System, das Prinzip, auf dem sich die Herrschaft aus Gewalt, List und Verdummung aufbaut, unangetastet blieb.

England und seine so vollendet geschulten Politiker haben das Heft fester wie je in der Hand. Sie können es sich leisten, Frankreich seine chauvinistischen Unarten zu erlauben. Sie können ruhig zusehen, wie sich die Kaiserei in Oberschlesien entwickeln mag. Treibt es ihnen einer von den Rüpeln zu bunt, so setzen die Londoner Herren die Daumenschrauben auf und zwingen die Herrschaften zur Ruhe. So hat es die schon sehr in Fahrt befindlichen russischen Antibolschewisten wieder fallen lassen. Warum? Weil Krassin, als die Kronstädter Epidemie für die Sowjetregierung schwierig schien, Kompromißangebote hinsichtlich der asiatischen Propaganda machte, die England zur Festigung und Erhaltung seines Weltreiches unendlich viel wichtiger sind, als das doch bald wieder verwaschene Dankgefühl der Emigranten, von deren Erfolgen England sowieso nicht übermäßig überzeugt sein konnte nach dem Fehlschlagen der Räubereien Koltschaks, Denikins, Wrangels usw.

England weiß auch, was es von dem Rummel in Oberschlesien, was es von den bayrischen Lümmeleien zu halten hat. Zwar greift es hier auch nicht direkt ein. Aber immer ist ein mehr oder weniger sanfter Druck bereit.

Die „Entwaffnung" Deutschlands wird in einer Form durchgeführt, die Englands Interessen gerecht werden wird. Das deutsche Interesse Englands verkörpert sich am stärksten in dem Geschäft mit Stinnes. Wenn Stinnes und die andern deutschen Großkapitalisten recht groß dastehen, ist England am besten gedient. Es läßt sich dabei

nicht von Frankreichs Gehetze beeinflussen. Die „Sanktionen" sind in Kraft, und werden verschärft in Anwendung kommen, wenn das Geschäft, nämlich die Stärkung des deutschen Konkurrenten, der Stinnes und Konsorten, es erfordert. Verlässig hat England im eigenen Hause ja kaum Schwierigkeiten. Das eigene Proletariat ist noch ganz im Bann der Staatsautorität und der kapitalistischen Leitung. Das beweist folgende Meldung:

„Zwischen der englischen Regierung und der Union der Eisenbahner war das Abkommen getroffen, daß die Löhne in demselben Verhältnis herabgesetzt werden sollen, wie sich die Lebenshaltung billiger gestaltet. Für je fünf Punkte soll ein Schilling Lohn weniger bezahlt werden. Nachdem die Kosten der Lebenshaltung zusammen um 28 Punkte gefallen sind, sollen die Arbeiter am 1. April um 5 Schillinge pro Woche weniger Lohn erhalten."

Das Zustandekommen des polnisch-russischen Friedens darf auch als Werk der englischen Initiative angesehen werden. Denn die Franzosen hätten nie eine Stimmung aufgegriffen, die auf ein sowjetfreundliches Polen hinweist. Es ist jedenfalls bezeichnend, daß, während in Kronstadt und Riga bereits antibolschewistische „Reaktionen" sich bildeten, die Warschauer Regierung erklärte, daß ihr Sowjetrußland als Nachbar ein sicheres Dasein verbürge als die Nachbarschaft irgend eines anderen „demokratischen" Regimes in Rußland.

Wie nun in diesen Zusammenhängen das Handelsabkommen zwischen England und Rußland zur Auswirkung gelangen wird, ist natürlich nicht von England aus allein zu beurteilen. Aus Moskau liegen Aeußerungen hierzu noch nicht vor, so daß darüber später erst etwas gesagt werden kann. Und zwar im Hinblick auf den Gesamtverlauf der Ereignisse in Rußland seit dem 8. allrussischen Sowjetkongreß. Hier seien die Probleme nur angeführt: die neue Stellung des städt. Proletariats zum Bauerntum, die Frage der Spezialisten, die Konzessionenpolitik und die Handelsbeziehungen zu den übrigen kapitalistischen Ländern. Vor zwei Tagen — also offenbar erst nach Erteilung der englischen Genehmigung — hat das deutsche Auswärtige Amt folgende Meldung verbreitet:

Die Verhandlungen über den Ausbau und die Stabilisierung der bereits zwischen Deutschland und Rußland bestehenden Beziehungen haben zur Aufstellung eines vorläufigen Protokolls geführt, das am 15. Februar 1921 in Moskau von den Beauftragten des Auswärtigen Amtes und des Volkskommissariats des Aeußeren unterzeichnet worden ist. Das Protokoll enthält neben einem Zusatzabkommen über die endgültige Abwicklung der Kriegsgefangenangelegenheiten ein Abkommen über die Rechte der beiderseitigen Vertretungen und Staatsangehörigen. Dieses zweite Abkommen nimmt die bereits bestehenden gegenseitigen Vertretungen zur Grundlage und erweitert ihre Rechte in konsularischer und handelspolitischer Hinsicht. In bezug auf die Rechte der beiderseitigen Staatsangehörigen sind im Abkommen Bestimmungen getroffen, die den ungehinderten wirtschaftlichen Verkehr zwischen den beiden Ländern ermöglichen und sichern sollen. Das Protokoll bildet gegenwärtig den Gegenstand der Prüfung bei den in Frage kommenden Regierungsstellen in Berlin und in Moskau. Es besteht die Hoffnung, daß beide Abkommen aus dieser Prüfung im wesentlichen unverändert hervorgehen werden, und daß daraufhin eine Unterzeichnung und ein Inkrafttreten nach Maßgabe der gesetzlichen Bestimmungen beider Länder erfolgen wird.

Das sieht nun zwar anders aus, als das „Schutz- und Trutzbündnis", das die Parlaments- und Demonstrationsredner der Neukommunisten von allen Tribünen fordern. Also wird's nun wohl doch „den Hals der deutschen Bourgeoisie kosten" müssen.

Das Proletariat aber muß aus diesen nüchtern geschilderten Vorgängen die klare Erkenntnis gewinnen, daß all die kleinbaren Friedensmanöver, das viele Abkommen-Unterschreiben nur den einen Sinn hat: das Weltkapital, in England als seiner stärksten Position — trotz America — verstärkert, versucht seine alte Grundlage und damit seine Sicherung wiedergewinnen, die Produktion, die der Krieg zerstört bzw. gänzlich umgewandelt hatte. Mit diese Grundlage für das Kapital aber erst einmal wieder gesichert, dann kann das Proletariat seinen Kampf auf lange Sicht vertagen. Das Kapital ist heute morsch, schwebt in Luft, weil es seinen festern Boden nicht mehr unter den Füßen hat. Es hat nur noch die Machtmittel zur Aufrechterhaltung seiner Herrschaft in der Hand, und die läßt es jetzt auch ausgiebig wirken: die Vorgänge in Bayern, Hettstedt, im Lustgarten, am Donnerstag die Verhandlungen und die „Sturzgesellschaft" sind Symptome. Und Mahnrufe, die Machtposition, die das Kapital verlassen hat, die Betriebe, als Ausgangspunkte des Kampfes zu nehmen, ohne den der revolutionäre Gedanke, das kommunistische Prinzip nicht ins Leben treten können. Des Kampfes, der unaufhaltsamer ist und in dem die Entscheidung herbeigeführt werden muß, der Sieger bleibt: das Weltkapital oder das Weltproletariat.

Politische Rundschau

Der Ueberschichtenschacher.

Der Durchschnittsgewinn der englischen Textilindustriellen im Jahre 1919 wird auf das Fünfzehnfache des Gewinnes des Jahres 1912 berechnet. Den deutschen Kohlenmagnaten scheinen ähnliche Zahlen vorzuschweben, damit sich das Geschäft überhaupt lohnt. Während natürlich eine Lohnerhöhung für die Arbeiter „in der tatsächlichen Entwicklung der Lebenshaltung keine Begründung findet."

Die Gewerkschaften verhandeln in offener Verfehmung der internationalen Solidarität, jenes Ueberschichtenabkommen zu erneuern, das hunderttausende französischer, belgischer und englischer Arbeiter brotlos gemacht hat. Sie verlieren kein Wort darüber, daß die deutsche Regierung die Goldmarkprämie unterschlagen hat. Sie machen nicht einmal Versuche, nachträglich die Vorteile dieser Prämie zu erkämpfen, sondern sie begnügen sich damit, durch Rechenkunststücke eine Lohnerhöhung herauszudrücken, ohne daß eine Erhöhung der Kohlenpreise erfolgt.

Die Zechenbesitzer haben aber an solchen Rechenexempeln nur Freude, wenn sie ihnen zur Erhöhung der Kohlenpreise dienen, die — durch ein neues Exempel — um viel mehr erhöht werden, als vorher die Löhne.

Sie schachern. Und werden doch wiederum ein Abkommen schließen. Das vorige wurde von den Unternehmern gebrochen, es ist Zeit, daß dieses neue Abkommen von den Arbeitern zerbrochen wird.

Neukommunisten als Kriegervereinler

Auch ein Beitrag zur „Zellentaktik"?

In Roßla a. Harz (Kreis Sangerhausen) besteht auch eine Ortsgruppe der KAPD., auch haben die Roßlaer ihren Fürsten noch (ohne den sie nun einmal nicht leben können). Nun haben die Roßlaer aber auch einen Kriegerverein; ob nun in den Statuten der Ortsgruppe der KAPD. Roßla der Passus enthalten ist, daß jedes Mitglied der Ortsgruppe zugleich Mitglied des Kriegervereins sein muß, weiß ich leider nicht. Jedenfalls ist aber der Vorsitzende der KAPD. (ehemaliger Arbeiterrat) Karl Günther, Feldwebel des Kriegervereins, sowie überhaupt die Mehrzahl der dortigen Kommunisten aus Kriegervereinlern besteht. Ob zum Schutz des ehemaligen Fürsten von Roßla?

Dank des Vaterlandes.

Ein kriegsbeschädigter Genosse schickt uns den folgenden Bericht:

Ich lege seit Juni vergangenen Jahres krank und erwerbslos. Behand mich in verschiedenen Lazaretten. Meine Wirtschaftsverhältnisse sind daher in sehr bedrängter Lage. Um die Notlage zu lindern, versuchte ich, von der Kriegsbeschädigtenfürsorge einen Vorschuß zu erlangen auf die mir zustehende Nachzahlung von den neuen Versorgungsgesetz. Ein aber stets abgewiesen worden, so auch am 11. 3. 21. Auf meine Frage, wie weit mein Gesuch zwecks Bescheid gediehen sei, war die Antwort: Mit Versprechen verhandeln wir nicht. Bei Aufforderung, das Zimmer zu verlassen, kam ich nicht noch und wurde dann dadurch gezwungen, als zwei Sipo auf der Bildfläche erschienen. Von diesen angegriffen, setzte ich mich allerdings zur Wehr. Der Expedient, welcher sich den schnöden Ausdruck gegen einen Kriegsbeschädigten erlaubte, heißt Andreas K. Um aber den Trumpf aufzusetzen, bekam ich heute am 12. 3. 21 eine Einschreibesendung mit der Aufforderung, das Haus Poststraße 5 nicht mehr zu betreten, widrigenfalls ich mich des Hausfriedensbruchs schuldig mache. Ablehnung Vorschuß und Milderung der Not: Drohung mit dem Gesetz. So der Dank des Vaterlandes, der uns so oft in schönen Worten gepredigt wurde.

Liege z. Z. immer noch im Lazarett Prinzessin Friedrichshain.

Engherzigkeit und Freidenker.

Der Verein der Freidenker für Feuerbestattung stellt am 7. März in den Kammersälen seine Generalversammlung ab. Der große Saal war derart überfüllt, daß viele hundert Mitglieder keinen Einlaß mehr finden konnten. Der Verein hat auch im letzten Jahr dank dem ungemein niedrigen Beitrag einen riesigen Zuwachs an Mitgliedern erfahren (ca. 20 000), der noch weiter anhält. Da die Leitung das Schwergewicht ihrer Tätigkeit auf die Propagierung der Feuerbestattungsidee (monatlicher Beitrag 50 Pfennig, nach einem Jahr kostenlose Einäscherung), nicht aber auf die Förderung der freigeistigen Erhaltung der Köpfe legt, verlangte ein Antrag Rieger und Gen. die Erweiterung der Aufgaben des Vereins dahin, daß er „im Sinne freigeistiger Kultur bildend und ergänzend zu wirken und gleichgerichte Einrichtungen zu fördern haben soll". In seiner Begründung wies Antragsteller auf die Macht der Pfaffen hin, die noch die Hirne der Proletarier umnebele (die Schule unter dem Zepter der Kirchen, das Gaukler-, Gaukler- und Kerkerlegerium, bei sich eben jetzt wieder Betrügen dürfe, die mangelhafte geistige Reife der Arbeiter, die sich in der Verzumpfung der Revolution ausdrücke), um zu betonen, daß eine freigeistige Aufklärung und Erziehung ein wichtiges Stück Revolutionsarbeit sei, von dessen Gelingen das Weiterstreben der Revolution mit abhängig wäre. Der langjährige Vorsitzende Müller, der politisch über Hilferding nicht hinauszugehen ist, operierte gegen diesen Antrag mit dem Argument, daß freigeistige Propaganda viel Geld koste und daß dem Verein dazu die Mittel fehlen. Im gleichen Atemzuge bekämpfte er aber in demagogischer Weise mit allerhand für die Urteilslosigkeit vieler Zuhörer berechneten billigen Mätchen und abgestandenen Witzen einen zweiten Antrag, den 30-Pfennig-Beitrag zu verhopeln. Dieser jetzige Beitrag ist nach Ansicht von Rieger und Gen. bei der ungeheuren Verteuerung der Einäscherungs- und Verwaltungskosten längst nicht mehr zeitgemäß. Der zweite Vorsitzende Karsch suchte durch Hinweis auf „die vielen Almosenempfänger, die dem Verein angehörten und sich den Beitrag erst zusammenbetteln müßten", auf die Tränendrüsen zu wirken und die Demagogie Müllers durch Hoffheit und Verlogenheit noch zu übertumpfen. Die Mehrheit der Versammlung bewies ihre Urteils- und Gedankenlosigkeit, indem sie den Müller und Karsch folgend diese Anträge Rieger und Gen. ablehnte. Nur dem Antrage derselben Antragsteller auf Einsetzung einer Kommission zur Ausarbeitung eines Planes auf Reorganisation des Vereins, auf der Basis des Bezirks- und Delegiertensystems, wurde stattgegeben. Der Verein sieht sich vor die Aufgabe gestellt, auch im Reiche diese Ortsgruppen zu schaffen. Die Neuwahl des Vorstandes ergab die Wiederwahl der Müller, Karsch und anderer ebenso wenig fortgeschrittener Elemente und die Hinzuwahl von einigen neuen Mitgliedern, die erst zu zeigen haben werden, welchen Standpunkt sie in Kulturfragen einnehmen. Zum Schluß benützte sich der Vorsitzende des Berliner Konsumvereins, Herr Damm, den Geschäftsbericht des Vorstandes, betr. Errichtung eines großen Warenhauses an den Konsumverein, rückständig zu machen. Er fand aber heftigsten Widerspruch einiger unserer Gesinnungsfreunde.

Bevorstehende Arbeits-Kämpfe in Königsberg.

Zum 31. März haben fast sämtliche Gewerkschaften ihre Tarifverträge gekündigt. Sie fordern Erhöhung der Stundenlöhne um 1,50—2 M. auf 6—7 M. Besonders hoch sind die Forderungen des Transportarbeiterverbandes für die in Königsberg beschäftigten Hafenarbeiter, welcher vom 1. April ab einen Stundenlohn von 9—9,40 Mark verlangt. Doch damit nicht genug wird eine Erweiterung der Mantelbestimmungen gefordert. Der bisherige Urlaub von 6 Arbeitstagen soll auf 18 Urlaubstage erhöht, Betriebsunfälle und Krankheiten sollen auf vier Wochen voll bezahlt werden. Die Ueberstunden sollen für Sonntags und besondere Anlässe um das Doppelte erhöht werden; der Transportarbeiterverband verlangt eine Ueberstundenerhöhung um das Fünffache. Der erweiterte Vorstand der Arbeitgeberverbände für Handel, Industrie und Gewerbe lehnt von vornherein diese Forderungen auf das entschiedenste ab.

Streiflichter.

Geschobene und Schieber.

Die deutschen Zeitungen, besonders die demokratischen, sind sehr entrüstet über die nur zu berechtigte Unterstellung der Entente, daß die deutsche Regierung ein Exekutionsorgan des Herrn Stinnes sei. Nun es zu widerlegen, weisen sie auf die Agitation des Herrn Stinnes gegen Minister Simons hin; als ob es nicht auch vorkommen könnte, daß Herr Stinnes mit einem seiner Reineren aber größeren Angestellten mal unzufrieden wäre! Das „Berliner Tageblatt" kann nicht umhin, als interessante Tatsache in seinem Stimmungsbild der Reichstagssitzung, in der Simons über seine Londoner Mission referierte, anzuführen: Herr Hugo Stinnes schweigt, mit verschränkten Armen der Kundgebung für den Minister folgend.

* * *

Im Reichstag hat es Krach gegeben. Der Abgeordnete Hölein, ein Parlamentsrevolutionär, wollte sich nicht zur Sache rufen und nicht das Wort entziehen lassen. Zu seiner Unterstützung machten die andern Parlamentsrevolutionäre Krach. Die Sitzung mußte geschlossen werden. Als bei Beginn der neuen Sitzung der Abgeordnete Geisler, der Parlamentsrevolutionär, noch immer nicht dem Sozialdemokraten Schumann, dem Vizepräsident Bell an seiner Statt das Wort erteilt hatte und der Krach, in dem die übrigen Parlamentsrevolutionäre ihren rev. Kollegen Elan vermittelten, nicht aufhörte, wurde auch diese neue Sitzung unterbrochen, damit inzwischen der Aeltestenausschuß zur Beurteilung der Sachlage gehen konnte. Als die dritte Sitzung eröffnet wurde, stand auf der Rednerbühne der Abgeordnete Schumann. Der Abgeordnete Hölein war in sein Nichts und dessen durchbohrendes Gefühl verschwunden. Die Parlamentsrevolutionäre hatten ihren revolutionären Elan unsanft herausgabt.

* * *

Wegen dieser Angelegenheit entschuldigte kann der Präsident Löbe den Präsidenten Bell. Die von den Kommunisten angekündigte Abstimmung darüber, ob das hohe Haus den immerfort von der Sache abschweifenden Hölein weiter anhören wolle, habe Aufgebrachten, aber sie sei in der großen Unruhe des Hauses nicht bemerkt worden". Ich bin wirklich neugierig, wie die deutschen Abgeordneten einstlichtlich der Parlamentsrevolutionäre es fertig kriegen, an einer Abstimmung teilzunehmen, die sie nicht bemerken. Und wenn das deutsche Proletariat es und nicht wissen sollte, was das deutsche Parlament und jedes Parlament wert ist, dann kann es an dieser ausgezeichneten Gesichte es lernen.

* * *

In der Einzelabstimmung wurde die eigene Abstimmung des Nordexcelsiorkommunist gegen die Stimmen der Unabhängigen und Kommunisten angenommen. Danach begnadigte bei Schluß der Abstimmung der Parlamentsrevolutionär Dr. Best die Beschlußfähigkeit des Hauses. „Präsident Löbe schließt sich dem Zweifel an und bricht die Sitzung ab. Die neue Sitzung wird zur Erledigung der weiteren Tagesordnung um 5 Minuten später, also auf 4½ Uhr angesetzt." Ein famoses Haus, das in 5 Minuten beschlußfähig werden kann, ein Parlament mit verantwortungsvollen und tüchtigen Abgeordneten — einschließlich der Parlamentsrevolutionäre.

* * *

Als im Reichstage von links her den Mitgliedern der Regierung vorgeworfen wurde, daß sie sich an Schiemmer- und Prozessriesen wie den Preußenkoll offiziell beteiligen, entschuldigte sich der Reichsminister des Innern, Koch, die Teilnahme des Reichskanzlers und der Minister am Preußenkoll berufe auf dreißigjähriger Tradition. Das ist auch kein Grund, die Monarchie zu rufen und auf 30jähriger Tradition. Aber wir sehen, was das für eine republikanische Regierung ist, die so argumentiert und wenn sie, nach der entschuldigenden Angabe des Ministers „auf eine Fühlung mit der Presse Wert legt und die Bedeutung der Presse anerkennt", so wissen wir längst, sie sind einander wert.

* * *

Der volkswirtschaftliche Ausschuß des Reichstages beschäftigte sich mit der Frage der Einfuhr amerikanischer Motorpflüge. Eine Eingabe der deutschen Motorpflugindustriellen wendet sich gegen diese Einfuhr mit der Begründung, in den andern Ländern sei die geringe Brauchbarkeit für die deutsche Industrie des Motors, dessen Einführung eine schwere Konkurrenz für die deutsche Industrie bedeuten würde, erprobt. Nach Pressemitteilungen soll gegen soll der neue Motorpflug gegangen sein, geradezu eine Umwälzung auf diesem Gebiet hervorgerufen. Der Ausschuß beantragte solomonisch die protektorische Einfuhr von zunächst vier Motorenpflügen. Eigentümlich ist nur, daß man sich über eine so einfache und wohl Natürliche wie die Brauchbarkeit eines Pfluges in der deutschen Presse nicht einigen kann. Man müßte meinen, auf den Gedanken kommen, daß ein Teil der Presse in allen liebenswürdiger Weise die Interessen der deutschen, ein anderer die Interessen der amerikanischen Traktorenindustrie vertritt, sucht aber vergebens den Teil, der die Interessen der Bevölkerung vertritt.

* * *

Der Prozeß gegen Hauptmann von Kessel ist wieder aufgenommen. Und Kessel scheint zwar weniger von der ihm sehr wohlwollenden Regierung als von dem Verhalten seiner Freunde, die ihn haben reinschlittern lassen, so zerknirscht zu sein, daß er in einem geschreienden Anfang ihr Verhalten zu sagen entschlossen ist. Ein paar Leute, die mit ihm über die Flucht Marloh gesprochen haben, „muß er nennen, so leid es ihm tut". „In erster Linie ist da der damalige erste Staatsanwalt Dr. Weismann, dessen jüdische Rückenart zu Kessel war: „Kessel, den Marlohprozeß erledigen wir alle nicht." Staatsanwalt Weismann sagte aber, natürlich nur aus den besten Motiven heraus, der Prozeß darf nicht kommen." Der Staatsanwalt Weismann, der so sehr um seine und Kessels und Marlohs Sicherheit besorgt war, ist also ganz folgerichtig Kommissar für die öffentliche Sicherheit geworden.

* * *

In die Propaganda für Oberschlesien, dessen weitere Einbeziehung in das deutsche Wirtschaftsgebiet auch die Kommunisten und diese sogar ernster als die Verschwender der nationalen Phraseologie wünschen, mischt sich sensationsmäßig Frau Ella Reise mit dem logisch nicht ganz einwandfreien Nachweis, daß Oberschlesien — wenn ich recht verstanden habe, weil es uns die Kohle liefert oder vielleicht auch aus andern Gründen — unser Kohle Heimat sei. Wovon erinnert Re Nich? „Ich seh Oberschlesien gerät in einem Kriegsrecht, als die lässig eleganten Offiziere und die schmucken deutschen Landwehrmänner, die Kriegsrecht, die die Kriegsrecht, die die Kriegsrecht, die

Wirtschaft

Stinnes Pläne in Oesterreich.

Seit Wochen beschäftigen sich die Wiener finanziellen und industriellen Kreise mit der Absicht der Italiener, sich von der größten österreichischen Eisenwerksgesellschaft, die sie durch massenhafte Aktienkäufe unter ihre Botmäßigkeit gebracht zu haben glaubten, wieder zurückzuziehen. 200 000 Stück Alpine-Montan-Aktien hatte die Turiner Fiat-Gruppe im Juni und Juli 1919 durch das Bankhaus Kola in Wien zusammenkaufen lassen, wodurch sie allerdings ihren Zweck, maßgebenden Einfluß auf die Alpine Montan-Gesellschaft zu gewinnen, voll erreichte und hierdurch auch die von der österreichischen Regierung geplant gewesene Sozialisierung dieser Gesellschaft vereitelte. Dennoch aber kamen die Italiener bald zu der Einsicht, daß ihnen die Erlangung der Aktienmajorität nicht im geringsten von Nutzen sei. Weshalb hatten sie die Aktien gekauft? Nicht als Kapitalsanlage; denn die Alpine Montan-Gesellschaft verzinst sich zurzeit, da die Gesellschaft keinen Koks hat und infolgedessen fast alle ihre Hochöfen still liegen, zu ihrem gegenwärtigen Kurse mit kaum ½ Prozent. Auch nicht Börsenspekulation war das Motiv. Die italienische Industrie hatte sich vielmehr, da sie im eigenen Lande wenig Eisen findet, den Roheisenbezug von der Alpinen Montan-Ges. sichern wollen. Die Idee war eine ausgezeichnete; es stellte sich aber die Unmöglichkeit heraus, sie auszuführen. Die Italiener waren in der Lage eines Mannes, der ein Pferd kauft, aber kein Futter auftreiben kann, es zu ernähren. Sie konnten der Gesellschaft das, was sie zu ihrem Betriebe am dringendsten braucht, nämlich Koks, nicht liefern. Beinahe zwei Jahre hatten sie schon die Oberherrschaft über die ein so großes Eisenvermögen besitzende Gesellschaft und haben während dieser ganzen Zeit auch nicht ein Kilogramm Eisen von dort beziehen können. Das wenige, was an Roheisen produziert wurde, mußte für das höchsten Koks, das die Tschechoslowakei lieferte, ihr Zug um Zug hingegeben werden. Unter diesen Umständen war der Besitz der Alpinen Montan-Aktien, auf den die Italiener anfangs so stolz waren, für sie nur noch ein Ballast. Weg damit! war die Losung. Aber wer sollte diese vielen Aktien übernehmen? Sie auf den Markt werfen und mit Verlust zu sinkenden Kursen verkaufen wollten sie nicht. Sie hatten den Rat des jetzt meistgenannten Wiener Finanzmannes Castiglioni ein und übertrugen ihm das Mandat, mit irgend einer ausländischen Gruppe über die Ueberlassung der Aktien an sie zu verhandeln. Für Castiglioni war es von vornherein klar, daß vermieden werden müsse, das wertvollste Besitztum Deutsch-Oesterreichs, den in Steiermark gelegenen Erzberg, in die Hände von Engländern oder Franzosen gelangen zu lassen. Aus der Ueberfremdung durch die Italiener sollte die Alpine Montan-Gesellschaft wenigstens in die diel sympathischere der Deutschen gebracht werden. Seine Blicke richteten sich auf Hugo Stinnes. Er machte ihm den Vorschlag, ungefähr die Hälfte des italienischen Aktienbesitzes ihm zu überlassen, denn ganz ausscheiden aus der Alpinen wollte die Fiat-Gruppe nicht. Stinnes antwortete, nach den von Castiglioni abgegebenen Erklärungen, für die Alpine Montan-Gesellschaft sich nur dann interessieren zu können, wenn er die absolute Majorität der Aktien in Händen habe. Mit diesem Bescheide kehrte Castiglioni aus Berlin, wo er persönlich mit Stinnes unterhandelte, nach Wien zurück. Die Italiener haben nunmehr bedingungslos kapituliert und Stinnes' Forderungen vollinhaltlich angenommen. Sie halten sich gründlich berechnet und sind jetzt froh, aus der verfehlten Spekulation herauszukommen. Anscheinend haben sie wenigstens einen großen Kursgewinn erzielt, denn als sie die Aktien auskauften, standen diese noch unter 1000, ein Teil dürfte schon zwischen 1000 und 1500 erworben worden sein, während jetzt der Kurs der Aktienzu über 9000 notiert. Zu welchem Preis die Stinnes-Gruppe sie gekauft hat, ist nicht bekannt geworden, allein nach einer Mitteilung der Fiat-Gruppe hat diese für die Alpinen im Durchschnitt 340 Lire per Aktie gegeben. Eine einfache Rechnung zeigt nun, daß nach dem gegenwärtigen Kurswert 340 Lire gleich sind 9180 deutschösterreichischen Kronen. In österreichischer Valuta ist ein fiktiver Kursgewinn der Italiener von weit über 1 Milliarde Kronen vorhanden, in italienischer Valuta ist der Gewinn gleich null. So sehr hat sich seit dem Sommer 1919 das Verhältnis zwischen österreichischen gestempelten Kronen und Lire geändert.

Der gesamte Kohlenbedarf der Alpinen Montan-Gesellschaft beträgt 600 000 To. jährlich. Wenn sie dieses Quantum aus Deutschland erhält, das nur 2 bis 3 Proz. der jetzigen deutschen Gesamterzeugung darstellt, so wäre die Alpine in die Lage versetzt, ihren Gesamtbetrieb wie vor dem Kriege wieder aufzunehmen. Ihre Produktion würde den Eisenbedarf des kleinen Deutschösterreich weit übersteigen, es wären somit die Vorbedingungen für einen sehr schwungvollen Eisenetport geschaffen. Dies ist wohl auch der Hauptgrund, der die Stinnes-Gruppe bewog, die jetzt so unrentable Alpinen Aktien zu erwerben. Italien konnte das wegen seines Koksmangels zur Untätigkeit verurteilte steirische Industrieunternehmen nicht zur Exportfähigkeit emporheben. Deutschland kann es. Der Anschlußgedanke ist damit wenigstens in einem Punkte verwirklicht.

Die Angliederung der Alpinen Montan-Gesellschaft ist nicht das einzige, was Stinnes im Sinne hat. Schon hat er auch die Majorität der Greinitz-Aktien in seinem Besitz gebracht. Greinitz-Aktiengesellschaft heißt eine große Eisenhandelsunternehmung in Graz und Triest, deren Umsatz im letzten Jahre vor Ausbruch des Krieges 40 Millionen damaliger Kronen betrug. Sie hatte einen sehr ausgebreiteten Export, der sich unabhängig von der Inlandskonjunktur entwickelte. Ende Oktober v. J. waren die Greinitz-Aktien noch zu 2400 Kronen zu haben, jetzt stehen sie auf 7000. Die Dividende betrug in den letzten fünf Friedensjahren 10 bis 14 Kronen für die auf 200 Kronen lautende Aktie. Es heißt, daß auch die staatlichen Industriewerke Oesterreichs in seinen Besitz übergehen werden. Sie müßten allerdings von Stinnes gründlich reformiert werden, denn durch die Unfähigkeit und Mißwirtschaft der staatlichen Verwaltung haben sie es im letzten Jahre zu einem himmelschreienden Defizit gebracht. 86 Millionen Kronen verliert der Staat bei dieser verunglückten Schöpfung. Von der Sozialisierung der Privatbetriebe ist daher in Oesterreich keine Rede mehr. Man hat genug von den bisherigen Erfahrungen.

Das Interessanteste an diesem für die Praktiken des internationalen Kapitals sehr kennzeichnenden Bericht ist der Umstand, daß die Aktien einer überhaupt nicht mehr produzierenden Gesellschaft in noch nicht ganz zwei Jahren an der Börse auf das Neunfache ihres Wertes gestiegen sind. Ein neuer Beweis für unsere immer wiederholte Behauptung, daß das Kapital sich heute nicht mehr auf die Produktion von Gütern, sondern auf den Monopolbesitz an Bodenschätzen stützt, daß es seinen Profit aus der Börsenspekulation und dem anschwellenden Papiergeldschwindel zieht und die Unbequemlichkeit der Beschäftigung von Arbeitern auf ein Mindestmaß beschränken kann. Das Kapital braucht die Arbeit der meisten Proletarier nicht mehr; eine kleine Anzahl bis zum äußersten ausgepreßter Arbeiter genügt ihm, die andern kann es ruhig verhungern lassen.

Weltkohlennot?

Es gibt immer noch Arbeiter, die darauf warten, daß „der Kapitalismus zusammenbricht", und nicht merken, daß sie dauernd vom Kapital angegriffen werden. So ist auch die „Kohlennot", von der alle Blätter voll sind, eine bewußte Maßregel zur Beherrschung der Arbeiterklasse, und die statistischen Zahlen beweisen, daß die Kohlenproduktion gegen die Vorkriegszeit nicht gesunken ist, ein Grund zur Weltkohlennot also nicht vorliegt. Die Kohlenproduktion des Deutschen Reiches betrug ohne die abgetrennten Gebiete an Steinkohlen im Januar 1921: 12 008 055 To., im Januar 1913: 15 021 471 To., an Braunkohlen im Januar 1921: 10 070 794 To., im Januar 1913: 7 375 566 To. Der Rückgang an Steinkohlen wird also durch den Zuwachs an Braunkohlen nahezu aufgewogen.

Daß aber auch in den außerdeutschen Ländern keine Kohlennot herrschen kann, geht ganz klar daraus hervor, daß mit dem Eintreffen deutscher, zwangsgelieferter Kohle die Kohlenproduktion der betreffenden Länder im mindesten gleichen Maße verringert, die Kohlenarbeiter auf die Straße geworfen wurden. So schreibt eine belgische Zeitung:

„Belgien ist mit deutscher Kohle überfättigt, es besteht ein Vorrat von 120 000 To.; die Regierung weiß nicht, soll sie den ungeheuren Vorrat einlagern oder ihn billig verkaufen. Finanzminister Theunis rät zum Verkauf, aber dann drückt man die Preise der belgischen Kohle, die Grubenbesitzer können die hohen Löhne nicht mehr zahlen. Man will die Kohlen auf jeden Fall los werden, entweder als Bunkerkohle an Schiffsmakler oder an Exporteure."

So steht es mit der „Weltkohlennot"! Von den Aussperrungen in Frankreich und England haben wir berichtet. Es ist überall das gleiche Bild: Generalangriff auf das Proletariat!

Mitteilungen

Es dämmert.

Am 18. d. M. fand in den Prachtsälen des Ostens eine öffentliche Versammlung der KAPD. statt. Die dichtgedrängten Massen hörten aufmerksam den beiden Referenten zu, die auf die Frage „Was geht vor?" antworteten, den Schleier von Verhandlungen und nationalen Rummelkomödien zerrissen und die nackte Wahrheit zeigten: den Ueberfall der geeinigten internationalen Kapitalsbanditen auf die russische Revolution und die deutschen Arbeiter. Die Kritik der Redner an dem Verhalten der VKPD. die in großen Aufrufen die Arbeiter zur Tat ruft, und jeden Verteidigungskampf der Ausgebeuteten gegen die Frechheit einzelner Betriebsleitungen sabotiert, fand ihren Widerhall: zwar fand niemand den Mut, das Verhalten der Parlamentskommunisten zu verteidigen, wohl aber legte ein Genosse der AAU. seine Ausweise als Funktionär des Transportarbeiterverbandes und als Mitglied der freigewerkschaftlichen Betriebsrätezentrale in die Hände des Versammlungsleiters, erklärte seinen Austritt aus diesen konterrevolutionären Einrichtungen und forderte unter stürmischem Beifall der Versammlung seine Genossen auf, diesem Beispiel zu folgen.

Die wahre Rolle der Gewerkschaften, der Schwindel der Betriebsräte, die Hoffnungslosigkeit der Zellentaktik: dies alles wird von den revolutionären Arbeitern immer klarer durchschaut; es wächst die Einsicht, daß die Betriebsorganisation die einzige kampffähige Zusammenfassung der unterdrückten Klasse im jetzigen Stadium ist.

Achtung!

Ab 1. April 1921 sind alle Broschürenbestellungen nur an den Verlag der KAPD., Berlin NO. 18, Landsberger Straße 6, Ecke Höchststr., zu richten.

Bestellungen für KAZ. und Montagszeitung, sowie Geldsendungen für die KAZ. und Montagszeitung gehen nur an die Reichslieferungsstelle: Hans Uhelmann, Berlin SO., Wiener Str. 20.

Ab April 1921 erscheint der „Proletarier" als theoretische Monatsschrift der KAPD. Bestellungen sowie Geldsendungen für den „Proletarier" auch an die Reichslieferungsstelle (Hans Uhelmann, Berlin SO., Wiener Straße 20).

Genossinnen! Genossen!

Wollt Ihr aufklärend wirken, dann werbt neue Leser für die KAZ.!

Jeder Genosse, der sich klar werden will über Wesen und Taktik der KAPD., muß heute in erster Linie den „Proletarier" lesen.

KAZ. und „Proletarier" sind Verfechter des reinen Klassenkampfes.

Auf, an die Arbeit, Genossen!

Einzelabonnement (Kreuzbandsendung) der KAZ. inklusive Montagszeitung, 3 mal wöchentlich erscheinend, 6,50 Mark.

Einzelheft des „Proletarier" 1,50 M., Vierteljahrsabonnement 4,— M.

Verantwortlicher Redakteur: Kurpe, Berlin.
Verlag der Komm. Arb.-Partei Deutschlds. Druck: Vier & Giesenung, Gr.-Berlin

Soeben erschienen:

Die Allgem. Arbeiter-Union
(rev. Betriebsorganisationen)

Eine gemeinverständliche Erläuterung ihres Programms

Preis 1 Mark

Bestellungen sind zu richten nach Berlin NO. 18, Landsbergerstraße 6, Ecke Höchststraße.

Neu erschienen:

Sondernummer (Holland) des
„Proletarier"

Mitarbeiter: Gorter, Pannekoek, Roland-Holst.

Romane von Franz Jung

Opferung . . . . . gebunden M. 9.—
Sprung aus der Welt, gebunden M. 9.—
Sophie . . geh. M. 5.—, gbd. M. 6.—
Das Trottelbuch, geh. M. 5.—, geb. M. 6.—
Saul, ein Drama . . . gebunden M. 7.50

Die dichterischen Werke unseres Genossen Franz Jung sind keine leichte Unterhaltungslektüre; sie fordern vom Leser äußerste geistige Willigkeit. Franz Jung hat seine Bücher für kommende Generationen geschrieben, er ist der Gegenwart ohne jede Konzession an die Tradition des Schrifttums entgegengetreten

Arbeiter erhalten auf die Schriften Jungs 20% Rabatt. Man bezieht sie durch seine Bezirke oder direkt vom

Verlag der „Aktion" (Franz Pfemfert)
Berlin-Wilmersdorf

Proletarier,
gedenkt der polit. Gefangenen!

11. April 1921. **Kommunistische Montags-Zeitung** Preis 40 Pf.

Organ der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands, Wirtschaftsbez. Groß-Berlin.

Die Zeitung erscheint jeden Montag Morgen und ist überall erhältlich. — Außer der K. M. Z. erscheint die K. M. Z. zweimal wöchentlich.

Redakt. u. Exp.: Berlin NO 18, Landsbergerstr. 6 Geöffnet täglich außer Sonnabends 5 Uhr nachm.

Postscheckkonto: Berlin NW. 7, Nr. 42021. — Bezugspreis monatlich: Grenzland 4,50 Mk., Brief 7,50 Mk. — Ausland: Grenzland 5,50 Mk., Brief 11,— Mk.

Sociaal Historisch Archief Amsterdam

Ausnahmegerichte.

Proletarier haben sich erhoben. Sie wehrten sich dagegen, daß die Lakaien der Bourgeoisie, die Hörsing und Genossen hinter jeden Revolutionär ihren Sicherheitspolizisten stellten. Sie wollten sich das elementarste Maß der freien, politischen Betätigung wahren. In harbem Kampf hatten sie sich die Möglichkeit geschaffen, ohne den scharfen Druck der Gegenrevolution dauernd auf den Fersen zu haben, Arbeit für den Kommunismus zu leisten. Das konnte die Gegenrevolution nicht ruhig mit ansehen. Die Eiterbeule an ihrem sonst so gut organisierten Organschlopper mußte aufgestochen und die Bazillen gründlich vernichtet werden.

Es mußte das einzige Allheilmittel der demokratischen Republik, der legalisierte Terror, aufmarschieren. Dazu war nötig, daß der dazu erforderliche Ausnahmezustand geschaffen wurde. Da kein Grund vorhanden war, mußte einer eben gesucht werden. Das war in diesem Fall sehr schwer. Die Arbeiterschaft war ruhig. Sie hatte ihre Organisationen aus, um sich zum Kampf zu rüsten. Dazu war in Mitteldeutschland so gut wie gar nicht vorhanden. Ein Gegengewicht nicht da, mit einem Wort: es mußte ihr mit Gewalt der Mut geraubt werden. Da holte man den alten Schlachtruf der Bourgeoisie wieder aus der Versenkung hervor und gab das Signal zum Kampf. Wir kennen die Taktiker zeigen.

Man rief, ja, man rief: „Der Profit ist bedroht! Die Diebshände in den Werkstätten nehmen überhand."

Und man marschierte damit ein. Wir sprachen bis jetzt immer unbestimmt von den Autern. Wer war der Arbeiter — der Mehrheitssozialist Hörsing. Mit ihm vereinigte sich zu einem Korps die revolutionäre Vorkämpferin, die U. S. P. Es ging ja gegen die Hochburg des Radikalismus. Beide Unternehmer hatten da keinen rauchenden Schornstein mehr und dann war es ja nur eine Polizeiaktion zur Sicherung des Profits. Und da im Profit fanden sich beide. Es wurde dies der eine vom andern. Hand in Hand konnte der Vormarsch ohne irgendwelche Gefahr für ihren gemeinsamen Pfleglling von statten gehen. Die radikale Arbeiterschaft, die ihnen nicht mehr gehorchte, mußte eins auf Kopf bekommen. Die Brüder in Christo hatten von der Bourgeoisie gelernt, daß man auch die Hilfe des sonst verhaßten Feindbundes zur Unterdrückung des Proletariats ohne Gewissensbisse heranholen darf, wenn nur für das nötige Geschrei gesorgt wird. Die Kugeln des Kapitals sollten ihnen bei ihrem Geschäft helfen. Sie wußten um die Folgen und wollten sie. Deswegen schreien sie ja jetzt so, um ihre Schuld zu überdecken. Das Spiel des wilden Mannes zu durchschauen, wird der Arbeiterschaft nicht schwer fallen. Der Mehrheitssozialist sucht die Ausnahmegerichte unter Milderung einiger Härten beizubehalten. Der Unabhängige plädiert für ihre Abschaffung. Für die Aburteilung der revolutionären Arbeiter sind sie aber beide, denn sonst ginge ja die nachhaltige Wirkung der gemeinsamen Aktion verloren, Strafe muß sein. Sie streiten sich nur über das Maß der arbeiterfeindlichen Gesinnung, das sie vor der Oeffentlichkeit zeigen können. Die größere Eifrigkeit, das muß man anerkennen, ist bei den Rechtssozialisten. Sie wissen, daß ihre Existenz davon abhängt, daß sie täglich der Bourgeoisie den Nachweis liefern müssen, daß sie „regierungsfähig" sind.

Aus dieser Situation heraus wurde der Einmarsch in Mitteldeutschland geboren. Er ist ein Kind der sozialistischen Parteiumstellung in Deutschland. Er konnte nur im Einverständnis mit ihnen und durch sie erfolgen. Beide Parteien brauchten zu ihrer Weiterexistenz den Terror. — Die Ausnahmegerichte sind unser eine von seinen Erscheinungsformen. Sie haben die Aufgabe, lang- und klanglos die revolutionären Proletarier hinzumorden. Alle Sicherungen, die im Laufe der Jahrhunderte für den Angeklagten geschaffen sind, fallen dort weg. Die Staatsanwaltschaft hat allein das Wort, sie stellt die Zeugen, der ganzen Anklagewucht zusammen, tewiert ihn seinen Richtern. Die Aburteilung erfolgt, Berufung ist nicht möglich. Die Verteidigung ist machtlos. Die Spitzel beherrschen die Situation, die nach dem berühmten Wort des Staatsanwalts im Magdeburger Prozeß zwar nicht gut riechen, aber ohne deren Existenz das ganze illegale Parteileben nicht erfaßt werden könnte. Von Spitzeln lebt die ebertinische Republik. Sie müssen geschützt werden. Hoch leben der Spitzel", so schreit es im sozialistischen Chor. Man kann es sich doch leisten, denn es ist ja nur das Lumpenproletariat, d. h. die Kommunisten, im Kampf. Schrecken, Schrecken, Mord, Erschießung auf der Flucht, mit den Verbrechern an die Wand — so rufen die sozialistischen Ordnungsschützer. Es will in den Kampf gegen den Kommunismus. Her mit den Theorien, auch der Geist muß seinen Anteil haben. Die Bernstein und Hilferding finden ja in jeder Zeile von Marx das Wahrzeichen der ebertinischen Demokratie. „Marx gegen Bakunin — Ausnahmegerichte gegen revolutionäre Arbeiter", das sind die Parallelen!

Das Prinzip der Arbeitsteilung ist durchgeführt, die Arbeitsgemeinschaft wieder hergestellt. Die Profite steigen — die Revolutionäre verrecken in den Gefängnissen. Wie lange dieser menschenunwürdige Zustand andauert, das hängt von der Aktivität des Proletariats ab! —

Der Klassenkampf in England.

Nach einer Meldung des W. T. B. vom 8. April haben die Eisenbahner und Transportarbeiter beschlossen, in den Streik zu treten. Das bedeutet tatsächlich den vollständigen Generalstreik. Ein solcher Generalstreik im „Siegerstaat" England ist aber in Wirklichkeit nichts anderes als der Anfang der Revolution. Daß die englische Arbeiterklasse entschlossen ist, diesen ihr aufgezwungenen Kampf als einen Machtkampf zu führen, erhellt aus der einfachen Tatsache, daß sie vom ersten Tage an den Streik konsequent durchgeführt hat. Die Bergarbeiter haben sich weder durch die Drohungen des im politischen Bluff wohl bewanderten Lloyd George, noch durch die Ueberredungskünste der Gewerkschaftsführer bewegen lassen, die Notstandsarbeiten in den Gruben zu verrichten. Sie waren sich vom ersten Tage an klar, daß die hartgesottene englische Kapitalistenklasse nur zum Nachgeben gezwungen werden könne, wenn ihr die Möglichkeit des Erfassens der Kohlengruben in aller Deutlichkeit zum Bewußtsein gebracht wird. Und sie sind vielfach mit erstaunlicher Rücksichtslosigkeit gegen das von der Regierung und den Unternehmern engagierte Streikbrechergesindel vorgegangen, das sich zur Sicherstellung der Kohlenarbeiter aufgemacht hatte. Es ist eine Tatsache, daß der englischen Arbeiter sein Mut, erscheint man darauf, daß ihre ganz in Schottland des Kapitals stehenden Führer Henderson und Thomas, sich genötigt gesehen haben, die Verhandlungen mit Lloyd George abzubrechen und zu erklären, daß der Generalstreik unverweidlich sei. Die Durchführung des Generalstreiks aber bedeutet auch den Beginn bewaffneter Auseinandersetzungen zwischen Bourgeoisie und Proletariat. Schon hat die Regierung Truppen aus allen Weltenden, selbst aus dem so gefährlich brodelnden Hexenkessel Irlands, zusammengezogen. Die nächsten Tage schon werden den Beweis erbringen, daß die englische Kapitalistenklasse von keinem Mittel zurückschrecken wird, um für sich die Situation zu retten. Der Ausgang dieses Riesenkampfes ist heute noch ganz ungewiß. Aber welchen Verlauf er auch immer nehmen möge, so ist das eine sicher, daß das englische Unternehmertum schon heute eine gewaltige Niederlage erlitten hat. Es ist nicht der Verlust des Kohlenmarktes allein, den das englische Kapital zu tragen hat. Was für dieses noch schwerer ins Gewicht fällt, ist die harte Tatsache, daß zwei Millionen englische Schiffstonnen stilliegen, eine Gelegenheit, die von den Amerikanern ausgenutzt wird, um England auch auf dem Frachtmarkt den Rang abzulaufen. Die Verluste, die das englische Kapital erleidet, sind so gewaltig, daß hier schon wieder neue Konfliktsstoffe zwischen Unternehmertum und Arbeiterschaft im Entstehen begriffen sind, ganz zu schweigen von den Konflikten, die in allem Indien und Aegypten, sehr bald in Erscheinung treten dürften. In allen Fugen erzittern und erschüttert das Weltreich in allen Fugen erzittern und erschüttert das Weltreich in allen Fugen erzittern und erschüttert das Weltreich in unbeugsamen Magnet weltrevolutionäre Perspektiven in ungeahnten Maßstabe.

Anfrage an die V. K. P. D.

In Mitteldeutschland, im Ruhrgebiet, an der Wasserkante und anderen Teilen Deutschlands ist die Erhebung des revolutionären Proletariats durch die Eingriffe der Sozialdemokratie blutig niedergeschlagen worden. Die brutale Niederwerfung der revolutionären Arbeiter ist erfolgt unter der politischen Leitung der Sozialverräter Severing und Hörsing mit der offiziellen Billigung der mehrheitssozialistischen Partei, auf das Schamlosteste unterstützt vom Parteiorgan der Sozialdemokratie. In einem Kampfe, der nicht im Interesse einer Partei, sondern um das Schicksal der gesamten deutschen Arbeiterklasse geführt wurde, haben alle hörige und unabhängige Sozialdemokratie sich offen in Kommunisten und revolutionären Proletarier gegenüber. Daraus die Konsequenz, daß diesen Parteien gegenüber als den gefährlichsten Bundesgenossen des Kapitals, von nun an nur noch eine Parole möglich ist: Kampf bis zur Vernichtung. Für jeden revolutionären Arbeiter versteht es sich von selbst, daß es mit diesen sozialverräterischen und menschewistischen Parlamentariern und Advokaten keine politische Gemeinschaft mehr geben kann. Wir richten darum an die Parteileitung der V. K. P. D. die offizielle Anfrage, wie sie in der durch die letzten Ereignisse geschaffenen Situation ihr ferneres Verhältnis zu den beiden sozialdemokratischen Parteien eingerichtet gedenkt. Insbesondere erwarten wir eine Beantwortung der Frage, ob die V. K. P. D. noch weiterhin die Regierungskoalition mit den Sozialverrätern der S. P. D. und U. S. P. in Sachsen und Braunschweig aufrechterhalten beabsichtigt. Da die V. K. P. D. sicherlich mit uns darin einig ist, daß in der gegebenen Situation der Kampf gegen den Menschewismus in ungleich höherem Grade als bisher aufgenommen werden muß, werden ihre Mitglieder es ebenso wenig wie wir begreifen können, wie dieser Kampf erfolgreich durchgeführt werden soll, wenn mit den Scheidemännern und Dittmännern eine parlamentarische Gemeinschaft zwecks Ermöglichung einer sog. „Bundesregierung" bestehen bleibt. In der „sozialistischen" Regierung bestehen bleibt. In der sicheren Erwartung, daß die Parteileitung der V. K. P. D. in diesem Punkte mit uns der gleichen Auffassung ist und bereits die nötigen Schritte zur Auflösung der bisherigen Koalitionsverhältnisses mit den sozialistischen Parteien in Sachsen und Braunschweig eingeleitet hat, dürfte es sich also voraussichtlich nur um eine formelle Bestätigung unserer Auffassung handeln. Einer diesbezüglichen Aeußerung sehen wir entgegen.